



iran-report

Nr. 04/2002

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Chatami droht mit Rücktritt - Debatte um Bilanz der Reformregierung - Rücktrittsdrohungen nach einer Woche dementiert / Ende der Kooperation - Konservative lehnen Diskussion über Verfassungsänderung ab / Weitere Zeitungsverbote / Urteil gegen Zeitungschef: 6 Monate Gefängnis und 4 Jahre Berufsverbot für Herausgeber von „Noruz“, / 11 Jahre Gefängnis für Journalist Siamak Purzand / Jahresbericht von „Reporter ohne Grenzen“: 2001 verdoppelt sich Zahl inhaftierter Journalisten / Parlament verabschiedet Folterverbot / Merkwürdiges Statement: Justizchef Shahruddi beklagt Zustände in Untersuchungshaft / Das Ende der Reformbewegung? - Gerüchte über eine „Dritte Kraft“

II. Außenpolitik

Verhandlungen zwischen Iran und EU über Handelsvertrag erfolglos - Kein Sonderstatus für Iran / Außenpolitische Aktivitäten des iranischen Parlaments - Delegationsreisen nach Großbritannien, Rumänien und Deutschland / Irans ambivalente Position im Nahost-Konflikt / Gipfeltreffen um die Zukunft des Kaspischen Meeres / Die Beziehungen zu den USA - Washington verschärft den Ton - Einreiseverbot für iranische Staatsbürger - Bush drängt Putin zu grösserer Distanz in russisch-iranischen Beziehungen

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 05/2002 Anfang Juli) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juni 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
alvarez@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik
Chatami droht mit Rücktritt

Am 7. Mai drohte der iranische Staatspräsident Chatami vor einer Versammlung von Lehrern mit seinem Rücktritt. „Sollte die Regierung vom Weg der Revolution und Reformen abweichen, werde ich keinen Augenblick länger im Amt bleiben“, erklärte er. Die Regierung habe bisher gegen alle Widerstände ihren Weg fortgesetzt, obwohl die Menschen im Land, insbesondere jüngere Generationen den Eindruck haben könnten, dass ihre Forderungen nicht realisiert worden seien. Die Regierung sei bei der Realisierung ihrer Ziele mit schweren Problemen konfrontiert, Probleme, die entweder auf unterschiedlichen Auffassungen beruhten oder durch Menschen erzeugt würden, die hinter den Kulissen wirkten und sich erlaubten, gegen den Willen des Volkes zu agieren. „Unser Land befindet sich am Rande des Chaos und ich möchte nicht mit meinen Klagen noch mehr Unruhe stiften. Es gibt Kräfte, die versuchen, eine unruhige Atmosphäre zu erzeugen, um im Trüben fischen zu können“, so Chatami. Die nationale Sicherheit werde nicht allein dadurch gewährleistet, dass die Regierenden sich in Sicherheit befänden. Voraussetzung für die nationale Sicherheit sei die in der Verfassung verankerte Freiheit aller Bürger, Schriftsteller, Unternehmer, Lehrer usw. „Es kann nicht sein, dass wir einerseits gegen jede Äußerung, die uns nicht gefällt, mit aller Härte reagieren und andererseits es dulden, dass im Namen des Islam und der Revolution nach Belieben Menschen beleidigt und Aktivitäten sabotiert werden.“

Mit diesen Äußerungen reagierte Chatami offensichtlich auf zunehmenden Unmut in der Bevölkerung nicht nur gegen die Rechten, sondern in letzter Zeit auch gegen ihn selbst. Nach Einschätzungen Teheraner Beobachter wird von ihm erwartet, dass er sich nach nun fünfjähriger Amtszeit nicht weiterhin mit schönen philosophischen Reden begnüge, sondern endlich konkrete Schritte unternahme. Er müsse mehr Mut aufbringen und den Konservativen und Ultrarechten Widerstand leisten. Wenn er immer wieder die Notwendigkeit der Treue zu der Verfassung und der Einhaltung der Gesetze beschwöre, müsse

er gegen das Unrecht, gegen willkürliche Verhaftungen und Urteile, gegen das Verbot von Zeitungen, gegen die Blockadepolitik des Wächterrats, der das Parlament lahm gelegt hat, protestieren. Die Probleme der Wirtschaft, die hohe Arbeitslosigkeit, der Mangel an Zukunftsperspektive für Jugendliche, die Bedrohung von außen und die zunehmende Isolierung Irans bedürften einer härteren Gangart, mehr Mut und einer klaren Strategie, über die auch das Volk ausreichend informiert werden müsse. Sonst könne man jede Hoffnung auf eine Besserung der Lage begraben.

Zwei Tage nach Chatamis Rede erklärte Regierungssprecher Ramezanzadeh, der Staatspräsident werde in Kürze die Kräfte benennen, die „hinter den Kulissen agieren, die Reformpläne torpedieren und Krisen erzeugen.“

Der Parlamentsabgeordnete Behzad Nabawi, einer der Wortführer der Reformbewegung, warnte vor vorzeitigen Entscheidungen. Die Rechte habe nicht nur alle gesetzlichen Möglichkeiten, sondern auch unerlaubte Mittel eingesetzt, um die Reformen zum Scheitern zu bringen. Deshalb werde der Weg für Chatami immer schwieriger. „Man kann nicht erwarten, dass ein Staatspräsident täglich radikale Positionen bezieht. Ich denke, dass die Menschen nicht an der Aufrichtigkeit Chatamis zweifeln, sie sind sich aber nicht sicher, ob er das, was er versprochen hat, in die Tat umsetzen kann. Genau das wird jetzt immer stärker in Zweifel gezogen. Doch der Grund für diese Unsicherheit ist nicht bei Chatami zu suchen, sondern bei den Gegnern der Reformbewegung, die der Bevölkerung den Eindruck vermitteln wollen, dass der Staatspräsident Handlungs- und Regierungsunfähig sei.“ Chatami sei entschlossen, die Reformen auf legalem Wege durchzuführen. Sollte er eines Tages zu dem Schluss gelangen, dass dieses Vorhaben nicht möglich sei, werde er sich verabschieden, sagte Nabawi.

Der Journalist Alireza Alavitabar meinte, das Problem liege nicht bei der Exekutive, sondern in der Verfassung. „Wir haben eine Doppelherrschaft, das muss man klar sagen. Ein Teil des Staates wird vom Volk ge-

wählt, der andere nicht. Genau das macht den Staat handlungsunfähig.“

Der Parlamentsabgeordnete Hossein Ansari Rad, Mitglied der Reformfraktion, sagte bei einem Interview mit der studentischen Nachrichtenagentur „ISNA“, es sei sowohl der Regierung als auch dem Parlament nicht gelungen, die Macht, die ihnen die Verfassung zugesteht, auszuüben. Chatami und seine Regierung seien unfähig gewesen, die Wirtschaft des Landes sachgerecht zu organisieren, für die Zukunft zu planen und Perspektiven für die Zukunft zu zeigen.

Djafar Kambuzia, ebenfalls Mitglied der Reformfraktion, meinte, die Reformen seien noch nicht in die Sackgasse geraten, aber ganz nahe daran. „Wenn wir nicht die notwendigen Umwandlungen vollziehen, ist es durchaus möglich, dass die stille und friedliche Reformbewegung aus der Kontrolle gerät und in Anarchie mündet.“ Sollte der Staatspräsident tatsächlich zurücktreten, würden ihm die Angehörigen der Reformfraktion im Parlament folgen, erklärte Kambuzia.

Eine Woche nach seiner Rücktrittsdrohung erklärte Chatami, er sei missverstanden worden. Er habe nicht vor, zurück zu treten und werde die Verantwortung, die er übernommen habe, fortsetzen.

Doch weder die Rücktrittsdrohung noch deren Rücknahme können über die Forderungen hinwegtäuschen, die die Bevölkerung an den Staatspräsidenten, an die Regierung und an das Parlament stellt und sie können auch nicht von den wichtigen Problemen ablenken, die nach nun fünfjähriger Regierungszeit Chatamis immer noch ungelöst geblieben sind. Chatami hat wichtige Erfolge erzielt. Er hat die Gesellschaft aufgerüttelt, die Widersprüche des Systems sichtbar gemacht, er hat kulturell dem Land eine neue Identität verliehen und die im Volk herrschende Angst vor der Schreckensherrschaft hinweg gewischt. Die zurzeit im Iran herrschende Atmosphäre ist mit der vor fünf Jahren nicht zu vergleichen. Die tiefe Auseinandersetzung, die Iran in diesen Jahren mit der eigenen Geschichte, mit der Tradition und nicht zuletzt mit dem Islam vollzogen hat, ist der Ära Chatami zu verdanken. Somit hat Chatami geistig-philosophisch einen großen

Beitrag zur Aufklärung, zur Entwicklung des Landes geleistet und damit wichtige Grundsteine für die Demokratisierung der Gesellschaft gelegt. Aber die Menschen erwarten auch die Lösung ihrer konkreten Alltagsprobleme. Diese Probleme, die hohe Arbeitslosigkeit, die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, Korruption, Drogensucht, die allgemeine Repression und nun auch die Bedrohung von außen dulden keinen Aufschub. Zwar herrscht in Iran darüber Einigkeit, dass man Chatami dafür nicht die Schuld geben kann, dass es die Rechte ist, die jede Aktivität sabotiert. Was man von Chatami erwartet ist, dass er mehr Mut aufbringt und mehr Widerstand riskiert. Wenn er es nicht tut, wenn er weiterhin darauf hofft, irgendwann die Rechte zur Vernunft bringen zu können, werden die Menschen, die ihre Hoffnungen an ihn geknüpft haben, resignieren. Diese Tendenz zeichnet sich bereits deutlich ab. Die Folge könnte entweder Rebellion und Chaos sein oder ein Rückfall in die Ära Rafsandjanis. Es wird bereits offen über eine „Dritte Kraft“ für die Zeit nach Chatami diskutiert (s. weiter unten). Eine solche Entwicklung könnte für Iran verheerende Folgen haben.

Ende der Kooperation

Als die Konservativen im vergangenen Monat überraschend Kooperationsbereitschaft signalisierten, warnten nicht wenige Stimmen vor verfrühten Hoffnungen. In der Tat währte die „Konsensfähigkeit“ der scheinbar moderateren Rechten nicht länger als zwei Wochen. Über die Gründe des offenbar vorgetäuschten Gesinnungswandels lässt sich lange spekulieren. Manche Beobachter sind der Ansicht, die Drohungen aus den USA und Israel hätten die Rechte zu diesem taktischen Manöver bewogen, andere sehen eher innenpolitische Beweggründe. Wie auch immer, die Milde, die die Justiz unerwartet gegen die Wortführer der religiös-nationalen Strömung, die ein Jahr zuvor wegen umstürzlerischer Absichten verhaftet worden waren, walten ließ – sie wurden gegen Kautionsfreigelassen – die Duldung einer offenen Diskussion über mögliche Verhandlungen mit den USA, obwohl der Revolutionsführer sich ausdrücklich gegen jede Art von Kontakt zu den Vereinigten Staaten ausgesprochen hatte, die Verschiebung anstehen-

der Prozesse gegen einige Zeitungen, die der Reformbewegung nahe stehen und schließlich der ungewohnt moderate Ton der rechten Presse, hatten den Eindruck entstehen lassen, als habe Chatamis Strategie, die Rechte zu spalten und einen Teil zu Konzessionen zu bewegen, zum Erfolg geführt. Doch die Ereignisse der letzten Wochen, über die auf den nächsten Seiten berichtet wird, bestätigen die Skeptiker.

Enttäuscht über diese Entwicklung sagte Präsident Chatami: „Konsens bedeutet nicht, dass man anderen die eigene Meinung aufzwingt. Konsens bedeutet nicht die Unterdrückung der Bedürfnisse des Volkes. Nur wenn wir die Forderungen der Menschen ernst nehmen und es zulassen, dass diese Forderungen frei geäußert werden, wird es uns gelingen, eine Detonation der Gesellschaft zu verhindern.“ Chatami scheint entgegen seiner bisherigen Meinung nun auch zu der Einsicht gelangt zu sein, dass man unter Umständen eine Verfassungsreform vornehmen müsse, um aus der gegenwärtigen Sackgasse heraus zu kommen. Er sagte: „Die Verfassung ist ein Werk der Menschen, sie kann zu rechten Zeit und durch Herstellung notwendiger Voraussetzungen geändert werden.“

Die Ansicht, ohne eine Änderung der Verfassung sei die Fortsetzung der Reformen nicht möglich, scheint sich inzwischen in der Reformbewegung weit verbreitet zu haben. Der wichtigste Punkt, auf den immer wieder verwiesen wird, ist die Rolle des Wächterrats. Dieser hat die Aufgabe, zu prüfen, ob die vom Parlament verabschiedeten Gesetze mit der Verfassung und dem islamischen Glauben übereinstimmen. Der Rat hat das mehrheitlich aus Reformern bestehende Parlament inzwischen durch seine Blockadepolitik nahezu völlig lahm gelegt. Gesetze, die Reformen in bestimmten Bereichen wie Presse- und Meinungsfreiheit, Frauenrecht oder auch Außenpolitik erzielten, wurden abgewiesen. Der Wächterrat, der von den Konservativen beherrscht wird, sieht sich dazu berufen, nicht nur Gesetze zu prüfen, sondern auch zu bestimmen, welche Kandidaten, die sich um einen Sitz im Parlament oder Kommunalräten bewerben, an der Wahl teilnehmen dürfen. Daher wurden bisher bei sämtlichen Wahlen Bewerber, die nicht dem islamischen Lager angehören, und sogar radikale Reformen innerhalb die-

ses Lagers von vornherein ausgesiebt. Die einzige Möglichkeit, diesem Zustand ein Ende zu setzen, wäre eine Volksbefragung. Eine solche Möglichkeit ist in der Verfassung vorgesehen, doch noch scheuen sich die Reformer davor, davon Gebrauch zu machen. Aber dieser Weg scheint über kurz oder lang unvermeidbar. Um diesem Schritt entgegen zu wirken, versucht der Wächterrat die eigene Position durch Einrichtung eigener Büros in sämtlichen Teilen des Landes auszubauen und zu verstärken. Damit überschreitet der Rat weit die Grenzen, die ihm die Verfassung setzt. Denn die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen gehören zu den Aufgaben des Innenministeriums. Auch dies ist zurzeit ein Streitpunkt zwischen dem Wächterrat und der Regierung.

Die Einschränkung der Kompetenzen des Wächterrats wäre allerdings nur ein erster Schritt, um entsprechende Gesetze zur Durchführung von Reformen verabschieden zu können. Konsequenter wäre die Abschaffung des Systems des „velajate faghieh“, das die Übermacht des Revolutionsführers betrifft. Doch von einem solchen Schritt, der die Säkularisierung des Gottesstaates zu Folge hätte, sind die Reformer innerhalb des Systems noch weit entfernt.

In Anbetracht dieser Differenzen zwischen den Reformern und Konservativen scheint ein langfristiger, strategischer Kompromiss zwischen den beiden Lagern völlig illusionär. Wenn auch eine äußere Bedrohung und die Furcht vor einem Zusammenbruch des gesamten Systems die Kontrahenten taktisch zu gemeinsamen Schritten zwingen könnten, mittel- oder langfristige wäre ein nationaler Konsens nicht einmal im islamischen Lager möglich.

Verbot weiterer Zeitungen

Das Verbot zweier der auflagenstärksten Tageszeitungen am 4. Mai zerbrach alle Hoffnungen, die Rechte, vor allem die Justiz sei endlich zum Einlenken bereit. Die Zeitung „Bonjan“, die sich rasch zum Sprachrohr der Reformbewegung entwickelt hatte, war erst zwei Monate zuvor gegründet worden. „Iran“ ist das Organ der staatlichen Nachrichtenagentur, das heißt im Grunde das offizielle Blatt der Regierung. Daher war das Verbot völlig überraschend, zumal es just am

internationalen Tag der Pressefreiheit und zum zweiten Jahrestag des Verbots zahlreicher liberaler Zeitungen im Iran ausgesprochen wurde. Offenbar fühlte sich die Justiz durch die Äußerungen des Revolutionsführers zu diesem unerwarteten Schritt ermuntert. Wenige Tage vor dem Verbot hatte Revolutionsführer Khamenei vor einer Versammlung von Kulturschaffenden abermals die liberale Presse beschimpft und sie des Landesverrats bezichtigt.

Mit dem Verbot dieser beiden Zeitungen stieg die Zahl der innerhalb der letzten zwei Jahre verbotenen Zeitungen auf 84. Das Kultusministerium forderte die Teheraner Justizbehörde auf, das Verbot gegen die beiden Zeitungen „Iran“ und „Bonjan“ aufzuheben. Auch Parlamentsabgeordnete sowie der Verband iranischer Journalisten protestierten gegen das willkürliche Verbot. In der Tat wurde das Verbot gegen „Iran“ nach einem Tag aufgehoben. Das Schicksal von „Bonjan“ ist nach wie vor ungewiss.

Zwei Tage nach dem Verbot der beiden Zeitungen wurde das Urteil gegen den Herausgeber der Tageszeitung „Noruz“, inoffizielles Organ der Moscharekat Partei, die im Parlament mit der Mehrheit der Reformer stellt, verkündet. Mohsen Mirdamadi, verantwortlicher Herausgeber der Zeitung und zugleich Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheit und Außenpolitik im iranischen Parlament wurde zu sechs Monaten Gefängnis und vier Jahren journalistischem Berufsverbot verurteilt. Er wurde beschuldigt, Propaganda gegen den Staat verbreitet, für die obszöne westliche Zivilisation geworben, Gerüchte in Umlauf gesetzt und die öffentliche Meinung gegen Verantwortliche des Staates aufgehetzt zu haben. Herausgeber Mirdamadi erklärte sogleich nach der Urteilsverkündung, er werde gegen das Urteil keinen Widerspruch einlegen. Offenbar wollte er feststellen, ob die Justiz das Urteil zu vollstrecken wagt. Erstaunlich ist, dass die Zeitung selbst nicht verboten wurde und nach wie vor erscheinen kann.

11 Jahre Gefängnis für Siamak Purzand

Der Journalist und Medienexperte Siamak Purzand wurde in zweiter Instanz zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt. Er wurde beschuldigt, Propaganda gegen den Staat verbreitet, für das Ausland spioniert und dadurch die nationale Sicherheit bedroht, Aufruhr gestiftet, Menschen zu unsittlichen Handlungen bewogen, und bereits vor der islamischen Revolution mit dem Schahgeheimdienst „SAVAK“ zusammengearbeitet zu haben. Nach Aussagen des Richters Saberi sei Purzand auch noch wegen unsittlichen Verhaltens und Alkoholkonsums zu 99 Peitschenschlägen verurteilt worden, doch unter Berücksichtigung seines hohen Alters – Purzand ist 73 Jahre alt – habe das Gericht Milde walten lassen und ihn stattdessen zu einer Geldstrafe in Höhe von einer Million Rial verurteilt. Der Richter erklärte, Purzands Akte bleibe weiterhin offen. Denn es sei noch nicht klar, ob er nicht doch noch als „Mohareb“ (Krieger gegen Gott) eingestuft werde. Bekanntlich werden die „Mohareb“ zum Tode verurteilt.

Die Härte, mit der die Justiz gegen Purzand vorgeht, ist auf dem ersten Blick unverständlich. Wie der in London lebende iranische Journalist Hossain Bagherzadeh ausführte, stelle Purzand für die Islamische Republik keine Gefahr dar. Er habe nie eine Waffe in die Hand genommen, sei an keiner der so genannten Verschwörungen beteiligt gewesen, habe keiner politischen Organisation angehört und sei auch als Journalist nie besonders aufgefallen. Bagherzadeh gelangt zu dem Schluss, dass Purzand, wie vor ihm bereits viele Journalisten und Schriftsteller, in der Auseinandersetzung zwischen den Rechten und Reformern von Konservativen „geopfert“ worden seien.

Jahresbericht der Organisation „Reporter ohne Grenzen“

Der Anfang Mai erschienene Jahresbericht der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ konstatiert für 2001 im Vergleich zum Vorjahr eine Verdoppelung der Zahl inhaftierter Journalisten. Die Hoffnungen, die sich an Präsident Chatami geknüpft hatten, hätten sich inzwischen in Resignation verwandelt. Mittlerweile seien die Repressionsmaßnahmen auch auf Internet und Parabolantennen ausgeweitet worden. Im Mai

vergangenen Jahres seien 400 Internetcafés geschlossen und im Oktober tausend Parabolantennen beschlagnahmt worden.

Parlament verabschiedet Gesetz, das jegliche Folter verbietet.

Das islamische Parlament verabschiedete am 8. Mai 2002 ein umfassendes Gesetz zum Verbot von Folter. Danach ist es untersagt, Gefangene durch Folter zu Geständnissen zu zwingen. Ebenso sind Einzelhaft, Anlegen von Augenbinden, Durchführung von Verhören während der Nacht, Schlafentzug, Beschimpfungen und Beleidigungen, Entzug von Nahrung, Wasser und frischer Luft verboten. Alle Geständnisse, die unter den genannten Umständen erfolgen, dürfen von Gerichten nicht als Beweismaterial gegen die Angeklagten verwendet werden. Das Gesetz untersagt die Unterbringung Jugendlicher gemeinsam mit gefährlichen Kriminellen in einer Zelle. Gefangene müssten freien Zugang zu allen erlaubten Publikationen haben, es müsse ihnen gestattet werden, einmal in der Woche ihre Familienangehörigen zu empfangen oder mit ihnen zu telefonieren. Nur in Ausnahmefällen sei für die Dauer von maximal zwei Wochen Einzelhaft erlaubt.

Es ist fraglich, ob dieses Gesetz auch die Zustimmung des Wächterrats finden wird. Einige Abgeordnete sind skeptisch und befürchten, dass auch dieses progressive Gesetz zumindest vorläufig vom Wächterrat zurückgewiesen werden wird.

Ungewöhnliche Äußerungen des Justizchefs

Der Chef der islamischen Justiz Shahrudi forderte die Abschaffung der Untersuchungshaft. „Nach islamischem Recht dürften Menschen, die unter Mordverdacht stehen, höchstens sechs Tage in Untersuchungshaft behalten werden. Doch in unseren Gefängnissen gibt es Menschen, die zwei bis drei Jahre in der Untersuchungshaft bleiben“, sagte Shahrudi. Diese Praxis müsse abgeschafft werden. Jährlich würden 700 bis 800.000 Menschen in Untersuchungshaft gesteckt. Die Haft dauere zwischen drei Tagen und einigen Jahren. „Somit zwingen wir jährlich 700 bis 800.000 Menschen in eine ver-

derbliche Atmosphäre, die erniedrigend und beleidigend ist“, sagte Shahrudi. „Wer ins Gefängnis kommt, verliert seine Persönlichkeit, wird misstrauisch und von Komplexen, verdorbener Moral und sexuellen Problemen heimgesucht. Wie lässt sich dies mit der islamischen Moral vereinbaren? Im islamischen Strafrecht ist Gefängnis als Strafe nicht vorgesehen.“

In Anbetracht der allgemein bekannten Zustände in iranischen Gefängnissen, der willkürlichen Urteile der Justizbehörden, der jahrelangen Diskussionen, zahlreichen Proteste und Petitionen, von denen Shahrudi nachgewiesenermaßen Kenntnis hatte, erscheinen diese Äußerungen zumindest merkwürdig. Teheraner Beobachter vermuten schlicht ein taktisches Manöver im Rahmen der vorübergehenden Kooperationsbereitschaft der Rechten.

Spekulationen über die Bildung einer „Dritten Kraft“

In Iran stehen in den nächsten drei Jahre wichtige Wahlen bevor: in einem Jahr Kommunalwahlen, in zwei Jahren Parlamentswahlen und in drei Jahren die Wahl des Staatspräsidenten. Reform- und Konservative schätzen diese drei Wahlen als außerordentlich bedeutend für die Zukunft des Landes ein. Die Vorbereitungen für diese Wahlen haben längst begonnen. In beiden Lagern sind Bestrebungen zu verzeichnen, die bisherige Kräftekonstellation – hier die Reform- und die Konservativen – zu durchbrechen und die Karten neu zu mischen. Die Meinung, das bestehende Bündnis innerhalb des Reformlagers werde sich bald auflösen, ist weit verbreitet. Ebenso wird vermutet, dass auch die Konservativen sich noch vor den Kommunalwahlen spalten werden. In beiden Lagern wird von einer „Dritten Kraft“ gesprochen, die sich, falls der Weg für die Durchsetzung der Reformen weiterhin versperrt bleibt, bilden und die Macht übernehmen könnte. Die Spekulationen über eine „Dritte Kraft“ verdichteten sich, nachdem die Rafsandjani nahestehende „Partei der Sachverständigen für den Aufbau“ und der rechte Flügel der Reformfraktion (die „Versammlung kämpferischer Geistlichkeit“) an der Wahl des Zentralrats der „Front Zweiter Chordad“, des großen Bündnisses der Reform- nicht teilnahmen. Auch die nicht näher

präzisierte Warnung Präsident Chatamis von einer „Dritten Kraft“, die im Falle des Scheiterns der Reformen den Sieg davon tragen würde, bestärkte Vermutungen über neue politische Konstellationen.

Grundsätzlich wird inzwischen laut darüber nachgedacht, wie die seit geraumer Zeit bestehende Pattsituation überwunden werden kann. Alle Beobachter gehen davon aus, dass ohne eine grundlegende Veränderung der Situation der Wächterrat bei den kommenden Parlamentswahlen praktisch alle Reformer von der Wahl ausschließt. Dann würde Chatami in seinem letzten Amtsjahr von einem mehrheitlich mit Rechten besetzten Parlament vollständig blockiert. Ein solches Szenario würde aber nicht nur das Ende der Reformen bedeuten: auch die Rechte könnte sich angesichts der schlechten Stimmungslage in der Bevölkerung und der Drohungen von außen nur mit Mühe halten. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn Amir Mohebbian, Mitglied der Chefredaktion der konservativen Tageszeitung „Resalat“ und Vordenker der Rechten, seine Gedanken und Spekulationen über die Zukunft öffentlich zur Debatte stellt.

Die zurzeit bestehenden Bündnisse seien mehr oder weniger zufällig, ihnen fehle eine gemeinsame politische und strategische Basis, sagt Mohebbian in einem Interview mit der studentischen Nachrichtenagentur ISNA. Zudem habe eine klare Auseinandersetzung zwischen den Fronten noch nicht stattgefunden. Selbst einzelne Organisationen und Parteien verfügten über kein klares, langfristiges Programm. Die Einteilung der Gesellschaft in Reformer und Reformgegner sei irrelevant, solange Reformvorstellungen nicht in ein politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Programm mündeten. Daher könnten Bündnisse, die zurzeit bestünden und die aufgrund von Erfahrungen, Freundschaften aber auch Feindschaften zustande gekommen seien, nicht von langer Dauer sein. Mohebbian rechnet damit, dass die „Front Zweiter Chodad“, die die Reformbewegung repräsentiert, in Kürze auseinander brechen werde, zumal diese Front ohnehin keine großen Erfolge vorzuweisen habe. Die „Partei der Sachverständigen für den Aufbau“ sowie die Organisation der „Kämpfenden Geistlichkeit“ würden neue Bündnisse eingehen, und zwar mit Teilen der moderateren Konservativen.

Noch interessanter werden die Spekulationen Mohebbians, wenn er in dem genannten Interview die Möglichkeit in Aussicht stellt, auch Vertreter der „Freiheitsbewegung“ und „National-Religiösen“ Strömung in das Bündnis mit aufzunehmen. Die Offerten, die er dem kürzlich aus den USA zurückgekehrten Vorsitzenden der „Freiheitsbewegung“ Ebrahim Yazdi macht, sind erstaunlich. Hatten doch seine Zeitung und die gesamte rechte Presse diese Strömung, die seit Jahren am Rande der Legalität lebt, aber im Volk ein hohe Popularität genießt, auf das Schärfste bekämpft und ihre Vertreter, gegen die ein Prozess wegen umstürzlerischer Aktivitäten geführt wurde, als Feinde des Gottesstaates bezeichnet. Offensichtlich meint Mohebbian, die Aufnahme dieser Gruppe in das Bündnis könnte der „Dritten Kraft“ ein sympathischeres Antlitz verleihen. Er sagte: „Das eigentliche Ziel ist der nationale Konsens. Yazdi befindet sich an einem Scheidepunkt seines politischen Lebens. Man sollte nicht zu optimistisch sein, aber auch nicht zu pessimistisch. Wir müssen abwarten. Es sind neue Spiele zu erwarten.“

Die Reaktion Yazdis auf diese, für Außenstehende überraschende Offerte war recht versöhnlich. Er sagte: „Unsere Verfassung ist perfekt und ihre uneingeschränkte Akzeptanz ist die unabdingbare Voraussetzung eines nationalen Konsenses.“

Auch in den Reihen der Reformer begann man vor einigen Wochen, unter Verweis auf die Misserfolge der Regierung Chatami, nach Alternativen zu suchen.

Djamileh Kadivar, Parlamentsabgeordnete aus der Hauptstadt meinte, Eile, Ungeduld und Radikalität bei manchen Reformern hätten zu Misserfolgen und Chaos geführt. „Uns bleibt nicht mehr viel Zeit, um auf die Forderungen der Menschen positiv zu reagieren“, sagte sie. „Sollte es den Regierenden nicht gelingen, ihre Konflikte zu lösen und einen nationalen Konsens herzustellen, können wir nicht erwarten, dass die Menschen sich so friedlich wie bisher verhalten. Das Volk verlangt eine rasche Lösung der Alltagsprobleme, wie zum Beispiel die Reduzierung der Preise, die Lösung des Wohnungsproblems, der Arbeitslosigkeit, der Probleme der

Ausbildung. Auf diesen Gebieten hat die Regierung kaum Erfolge erzielt."

Der Abgeordnete Khalili Ardakani erklärte: „Sollten die Reformer scheitern, wird sich eine dritte Kraft bilden.“ Kianush Rad, ein anderer Abgeordneter meinte: „Wenn eine Minderheit der Mehrheit das Wort verbietet, wird sich eine dritte Kraft bilden.“ Abdolrasul Vesal, Herausgeber der Tageszeitung „Iran“ schreibt: „Die dritte Kraft werden jene Gegner Chatamis bilden, die einst seine Erfolge nicht dulden wollten und heute ihre Taktik geändert haben. Sie wollen sich als wahre Verteidiger der Rechte des Volkes aufspielen und damit die Macht beanspruchen.“ Noch interessanter sind die Äußerungen von Mohammad Hashemi. Er ist Parlamentsabgeordneter, Bruder des Ex-Staatspräsidenten Haschemi Rafsandjani und gehört zu der Partei der „Sachverständigen für den Aufbau“. Er sagte, Linke und Rechte hätten an Boden verloren. Hier liege die Chance für die „Sachverständigen für den Aufbau“. „Sie sind eine gemäßigte Kraft, sie besitzen Sachverstand und die Fähigkeit zu großen Taten.“ Diese Gruppe sei in der Lage, das Vakuum, das die Exekutive hinterlassen habe, zu füllen.

Am klarsten beschreibt der bekannte Journalist Shamsalvaezin den von der „Partei der Sachverständigen für den Aufbau“ ausgedachten Plan. Er stellt fest, dass die bereits sichtbar gewordenen Risse in den Bündnissen neue politische Konstellationen ankündigen. „Es scheint, dass sich die „Partei der Sachverständigen für den Aufbau“ auf eine Spaltung von der „Front Zweiter Chordad“ vorbereitet, sich die Schwächen der Reformbewegung zunutze macht, um sich neu zu rekrutieren und als eine frische Kraft die politische Bühne zu betreten“. Auf der anderen Seite seien die Moderaten unter den Konservativen bemüht, die Traditionalisten, ja sogar die National-Religiösen, namentlich die „Freiheitsbewegung“ zu mobilisieren bzw. zu legalisieren. Eine Annäherung zwischen diesen beiden, neu formierten Kräften, könne durchaus zu einem Bündnis zwischen gemäßigten Konservativen und rechten Reformern führen.

Je näher die Wahltermine rücken, desto realistischer werden diese Spekulationen. Sollte es Chatami nicht gelingen,

in der ihm verbleibenden Zeit doch noch spürbare Erfolge zu erzielen, könnten die Spekulation durchaus zur Gewissheit werden.

II. Außenpolitik

Verhandlungen zwischen Iran und EU

Die zwischen Iran und der EU Mitte Mai geführten Verhandlungen über einen umfassenden Handelsvertrag führten zu keinem Ergebnis. Der Wunsch Irans, ähnliche Abkommen wie die zwischen der Türkei, Pakistan oder dem Golf-Kooperationsrat und der EU zu erzielen, scheiterten vorerst am Widerstand einiger EU-Mitgliedstaaten. Das Handelsvolumen zwischen Iran und den EU-Staaten beträgt zurzeit rund 12 Milliarden Dollar. Ein Abkommen mit der EU würde einerseits für den iranischen Export spürbare Erleichterungen bringen und auf der anderen Seite Investitionen der EU-Mitgliedstaaten in Iran wesentlich steigern. Ferner würde es Iran den Weg zur Aufnahme in die Welt-handelsorganisation ebnen. Manche europäische Staaten machen die Unterzeichnung des Abkommens von bestimmten politischen Bedingungen abhängig. Die Verhandlungen sollen im Juni fortgesetzt werden.

Außenpolitische Aktivitäten des iranischen Parlaments

Offenbar hat sich das iranische Parlament dazu entschlossen, verstärkt eigene, außenpolitische Aktivitäten zu entwickeln. Im Mai reisten drei Delegationen nach Großbritannien, Rumänien und Deutschland. Während es bei den Besuchen in Rumänien und Großbritannien hauptsächlich um bilaterale Wirtschaftsbeziehungen ging, wurde in Deutschland in erster Linie über kulturelle Beziehungen gesprochen. Purnedjati, Leiter der iranischen Delegation erklärte gegenüber der Presse, das iranische Parlament sei bereit, das geplante Kulturabkommen mit Deutschland zu verabschieden.

Irans Position im Nahost-Konflikt

Wie in zahlreichen Fällen, zwingen die inneren Konflikte zwischen Konservativen und Reformern Iran auch im Nahost-Konflikt zur Passivität. Die Rechten halten immer noch an ihrer ideologischen Position fest und sind unter keinen Umständen bereit, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Sie fühlen sich verpflichtet, den Kampf der Palästinenser, den sie als Befreiungskampf betrachten, zu unterstützen. Sie ste-

hen extremen Organisationen wie Hamas und Hizbollah nahe und bezeichneten Arafats Kompromissbereitschaft schon immer als Verrat am palästinensischen Volk. Doch auch die Reformen haben diese radikale Position längst nicht überwunden: sie haben alle bisher vorgelegten Friedenspläne abgelehnt. Allerdings sind seit einem Jahr vermehrt Stimmen zu vernehmen, die eine allmähliche Akzeptanz der Realitäten vermuten lassen. Unter den Verantwortlichen hat sich Präsident Chatami am weitesten nach vorn gewagt. Bei einem New York-Besuch im vergangenen Jahr erklärte er, Iran werde jede Entscheidung des palästinensischen Volkes akzeptieren. Allerdings lässt sich diese sehr allgemein gehaltene Aussage unterschiedlich interpretieren. Sie wird von den moderateren Reformern so gedeutet, dass Iran im Falle eines Friedensabkommens zwischen Israel und Palästina, in dem die Existenz zweier Staaten gegenseitig akzeptiert wird, bereit wäre, entgegen der bisherigen Position die Existenz Israel anzuerkennen. Andere interpretieren die Aussage so, dass jedes Abkommen die Zustimmung aller Palästinenser, also nicht nur der Bewohner in den besetzten Gebieten, sondern auch der Flüchtlinge und Vertriebenen erhalten müsste. Doch mit deren Zustimmung zu Kompromissen in möglichen Friedensverhandlungen wäre kaum zu rechnen.

Dass Iran den saudischen Friedensplan weder akzeptierte noch ablehnte und Präsident Chatami die Ölstaaten zum Boykott gegen Israel aufforderte, zeigt die Ambivalenz der iranischen Position. Irak ist der Aufforderung Chatamis gefolgt. Daraufhin erklärte die iranische Regierung, sie würde nur dann mitziehen, wenn auch andere Ölländer dazu bereit wären - wohl wissend, dass dies nicht zu erwarten ist. Und während Revolutionsführer Khamenei der palästinensischen Selbstmordattentäter als „Symbol für Mut, Ehre und Würde einer Nation“ huldigte, begab sich Mitte April der iranische Außenminister Kharrazi in den Libanon, um die Hizbullah zur Zurückhaltung zu bewegen.

Die selbst unter Reformern zögerliche Haltung hat Iran in die Rolle des Zuschauers gedrängt. Diese Selbstblockade behindert auch die Außenpolitik in Bezug auf Afghanistan, die Anrainer-

staaten am Kaspischen Meer und die USA.

Iran und das Kaspische Meer

Am 23. April fand ein zuvor dreimal vertagtes Gipfeltreffen der fünf Anrainerstaaten in der turkmenischen Hauptstadt Aschchabad statt. Ziel des Treffens war eine Neuregelung der Nutzung des Meeres. Die Neuregelung wurde erforderlich, nach dem durch den Zerfall der Sowjetunion statt bis dahin zwei Staaten (Iran und die Sowjetunion) nun fünf Staaten (Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Russland und Iran) die Nutzung beanspruchten. Doch Iran besteht nach wie vor auf die 1921 und 1940 mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge, die eine gemeinsame Nutzung des Meeres vorsehen. Die anderen Staaten hingegen, vor allem Aserbaidschan und Kasachstan fordern, dass das Gewässer den Status eines Meeres erhält und damit in Territorialzonen entsprechend der Länge der jeweiligen Küstenlinie geteilt wird. Würde diese Staaten ihre Forderung durchsetzen, bekäme Iran einen Anteil von 12 bis 13 Prozent. Die Positionen liegen zu weit auseinander, so dass beim ersten Gipfeltreffen erwartungsgemäß keine Einigung erzielt werden konnte. Ein weiteres Treffen wurde für nächstes Jahr geplant. Doch seit dem sich die Vermutung bestätigt hat, dass unter dem Gewässer reiche Ölquellen liegen - Schätzungen sprechen von 90 bis 200 Milliarden Fass - drängen die Anrainerstaaten, die sich von einer Aufteilung große Vorteile versprechen, auf eine rasche Entscheidung. Die meisten Quellen befinden sich im nördlichen Teil des Meeres, vor allem vor den Küsten Kasachstans und Aserbaidschans.

Für Iran stehen in erster Linie nicht die wirtschaftlichen, sondern die politischen und militärstrategischen Interessen im Vordergrund. Denn die Öl- und Gasquellen haben nicht nur ausländische Konzerne, sondern auch militärische Kräfte in die iranischen Nachbarstaaten gelockt. Die Terroranschläge in New York und Washington und noch mehr der militärische Angriff in Afghanistan lieferten den USA einen willkommenen Vorwand zur massiven militärischen Präsenz in der Region. Inzwischen sind in Usbekistan und Kirgisien mehrere Tausend amerikanische

Soldaten stationiert. Dasselbe gilt für Tadschikistan. Am 28. März unterzeichneten die Vereinigten Staaten ein Abkommen mit Aserbaidschan, wonach die USA zum „Schutz ihrer (eigenen) wirtschaftlichen Interessen“ (!)dem Land eine Militärhilfe in Höhe von 4,4 Millionen Dollar gewähren. Ferner wurde Aserbaidschan aus der Liste jener Länder gestrichen, in die keine Militärgüter exportiert werden dürfen.

Wie sich die Kooperation Russland mit der NATO zum Nachteil Irans auswirkt, zeigte sich beim Treffen von Bush und Putin in Moskau. Es war nicht zu übersehen, wie stark der amerikanische Präsident seinen russischen Kollegen unter Druck setzte, die wirtschaftliche Kooperation mit Iran einzuschränken. Es besteht kein Zweifel daran, dass Russland eher Iran die kalte Schulter zeigt als einen Konflikt mit den USA zu riskieren.

Iran fühlt sich durch die amerikanische Militärpräsenz in den Nachbarstaaten bedroht. Von Tag zu Tag wird deutlicher, dass die USA die Islamische Republik als eine Gefahr für ihre Interessen in der Region betrachten und deshalb alles versuchen, Iran wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Beziehungen zu den USA

Soll Iran sich um Verhandlungen mit den USA und Beilegung der Konflikte bemühen oder sich auf die bekannte Position zurückziehen, ideologische Standhaftigkeit demonstrieren und die seit der Gründung der Islamischen Republik gepflegte Feindschaft weiterhin aufrecht erhalten? Diese für das weitere Schicksal des Gottesstaates wohl bedeutende Frage beschäftigt nach wie vor die Gemüter in Iran. Die Reformer treten nahezu geschlossen für die Aufnahme von Verhandlungen ein, selbst ein Teil der Konservativen spricht sich dafür aus. Dass sie dabei bestimmte Bedingungen stellen, wie etwa die Freigabe der seit der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger gesperrten Guthaben Irans, erscheint nachvollziehbar: Sie müssen ihr Gesicht wahren und Stärke vortäuschen. Die Hardliner hingegen beharren, zumindest verbal, nach wie vor auf ihrer alten Position. Verhandlungen, so Revolutionsführer Khamenei, bedeuten Schwäche und Verrat. Beide Positionen

werden mit einer Reihe von Argumenten belegt. Die Befürworter der Verhandlungen betrachten die Normalisierung der Beziehungen zu den USA als Voraussetzung für die Überwindung der internationalen Isolation Irans. Das Argument leuchtet umso mehr ein, als alle iranischen Initiativen zu intensiveren Außenbeziehungen nicht zuletzt aufgrund amerikanischer Einflussnahme auf Hindernisse stoßen. Vor allem nach der Machtübernahme Präsident Bushs und insbesondere nach dem 11. September ist die Blockade durch die USA deutlich spürbar. Das zeigt sich bei den Verhandlungen Irans mit der EU ebenso wie bei den Verhandlungen mit Russland, den mittelasiatischen Staaten, sogar mit China und Japan. Iran braucht einen verstärkten Warenaustausch und ist zunehmend auf Auslandsinvestitionen angewiesen. Das von den USA seit der Geiselnahme verhängte Wirtschaftsembargo hat dem Land großen Schaden zugefügt. Zwar bezieht Iran nach wie vor Waren aus den USA, aber die Aufhebung des Embargos würde die iranische Konjunktur deutlich beleben.

Das Argument der Konservativen beruht auf dem Selbstverständnis des islamischen Staates, der sich nicht nur politisch, sondern vor allem ideologisch und kulturell als Alternative zu einem westlich orientierten Satellitenstaat der USA in der Dritten Welt betrachtet. Dieses Selbstverständnis gehört zu den wichtigsten Säulen des Gottesstaates. Ohne diese klare Abgrenzung gegen den Westen, insbesondere gegen die USA würde der islamische Staat aus Sicht der Konservativen weitgehend seine Legitimation verlieren.

Bleibe es bei diesem Gegensatz zwischen den beiden Fronten, wäre die Sachlage klar und einfach zu beschreiben. Der Streit wird jedoch höchst kompliziert und undurchsichtig, wenn man weiß, dass gerade die Rechten trotz offiziell propagierter Feindschaft seit Gründung der Islamischen Republik stets hinter den Kulissen die Beziehung zu den USA aufrechterhalten haben. Und auch nach der Zuspitzung der Auseinandersetzungen über die Verhandlungen mit den USA, kursieren Gerüchte über geheime Verhandlungen der Rechten mit Vertretern aus den USA.

Mohsen Mirdamadi, Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheit und Außenpolitik behauptete, von solchen Ver-

handlungen zu wissen. „Soweit ich informiert bin, hat es zwischen der iranischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten keine Verhandlungen gegeben“, sagte er. „Ich habe jedoch gehört, dass andere aus eigener Initiative verhandelt haben.“

Der Parlamentsabgeordnete Mohsen Armin äußerte sich während einer Parlaments-sitzung konkreter und erklärte: „Ich weiß, dass Leute, die mit Herrn Rafsandjani in Verbindung stehen, mit den Amerikanern verhandelt haben.“

Rafsandjani dementierte die Behauptung und forderte Armin auf, Beweise vorzulegen. Doch die Gerüchte ließen sich nicht aufhalten. Es wurde behauptet, die Verhandlungen hätten im April auf Zypern stattgefunden, man nannte sogar Namen der Teilnehmer, unter anderem wurden Rafsandjanis Sohn und Sadegh Kharrazi, Stellvertreter und Neffe des Außenministers genannt, dessen überraschende Entlassung die Gerüchte zu bestätigen schien. Um den Streit zu beenden, schaltete sich Außenminister Kharrazi ein. Er sagte in einem Fernsehinterview: „Zwischen Iran und den USA habe es keine Geheimverhandlungen gegeben. „Wir sind den Gerüchten nachgegangen und haben auch Herrn Rafsandjani gefragt. Seine Antwort war negativ. Wir sind der Meinung, dass die Voraussetzungen für Verhandlungen gänzlich fehlen. In einer Atmosphäre der Beleidigungen, Erniedrigungen und Drohungen sind Verhandlungen nicht nützlich. Wir sind bereit, mit jedem Land, das uns als gleichwertig akzeptiert, Gespräche zu führen, doch das trifft auf Amerika nicht zu. Die Amerikaner wollen stets anderen ihre Meinung aufzwingen. Unter solchen Umständen sind wir zu Verhandlungen nicht bereit.“

Damit gaben sich die Abgeordneten der Reformfraktion nicht zufrieden. Um die Gemüter zu beruhigen, sah sich die Regierung gezwungen, offiziell das Informationsministerium zu Nachforschungen in dieser Angelegenheit zu beauftragen. Wenige Tage später erklärte das Ministerium, Nachforschungen hätten ergeben, dass zwischen Iran und den USA weder offiziell noch inoffiziell Verhandlungen stattgefunden hätten.

Unterdessen formulierten die USA weitere Vorwürfe gegen Iran. Das US-Außenministerium bezeichnete in seinem

Jahresbericht vor dem amerikanischen Kongress Iran als das Land, das am meisten den Terrorismus fördere. Iran unterstütze die radikalen palästinensischen Gruppen. Unter den sieben Staaten Syrien, Sudan, Libyen, Nordkorea, Irak, Kuba und Iran, die den Terrorismus förderten, stehe Iran an erster Stelle. Und der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld erklärte, Iran sei dabei, Nuklearwaffen zu produzieren und Massenvernichtungswaffen herzustellen. Wörtlich sagte er: „Iran bereitet mir große Sorgen. Das Land ist längst im Besitz von Massenvernichtungswaffen und ist dabei, diese weiter auszubauen.“

US-Senat beschließt Einreiseverbot für iranische Staatsbürger

Am 19. April 02 stimmte der US-Senat einer Regierungsvorlage zu, wonach künftig Staatsbürgern aus Syrien, Sudan, Irak, Nordkorea, Kuba, Libyen und Iran grundsätzlich die Einreiseerlaubnis in die USA verweigert werden soll. Über Ausnahmen von dieser Regel entscheidet das Außenministerium. Studenten aus diesen Ländern, die sich bereits in den Vereinigten Staaten aufhalten, sollen unter Beobachtung stehen.

Diese Attacken verstärkten im Iran die Befürchtung, den Drohungen aus den USA könnten Taten folgen, was die Reformer dazu veranlasste, noch stärker als bisher auf Verhandlungen mit den USA und Beilegung der Konflikte zu drängen. Doch wie schon so oft, versuchte der Revolutionsführer durch ein Machtwort die Debatte zu beenden. Am 23. Mai sagte Khamenei: „Das iranische Volk ist stark genug, um sich auf eigenen Beinen zu bewegen und die Probleme zu bewältigen. Denn es besitzt den islamischen Glauben und hat Vertrauen zu den Verantwortlichen. Ein solches geschlossenes und einheitliches Volk kann von keinem Feind bezwungen werden. Einige Leute, die innerlich schwach sind oder sich vor den Drohungen aus Amerika fürchten, raten uns, zu kapitulieren. Während die USA offen unsere islamische Staatsordnung bedrohen und das iranische Volk beleidigen, sprechen einige von Verhandlungen. Diese Menschen sind entweder politische Analphabeten oder ihnen fehlt jede Würde.“

Drei Tage später zog die Teheraner Justizbehörde einen Schlussstrich unter die Debatte und verbot kurzerhand jede Diskussion über Verhandlungen mit den USA. Ab sofort, so die Erklärung der Justizbehörde, mache sich jeder strafbar, der sich positiv zu Verhandlungen mit den USA äußere.

Ob damit das Problem gelöst ist, wird sich zeigen.